

Referendum gegen die Managed-Care-Vorlage



Im letzten Frühjahr hatte die Ärztekammer vom 26. Mai vorgesehen, sich im Oktober erneut zu versammeln, um über ein allfälliges Referendum gegen die Managed-Care-Vorlage zu entscheiden. Doch vier kantonale Gesellschaften, drei Fachgesellschaften und der VSAO haben diesen Entscheid im Rahmen einer Ur-

abstimmung erfolgreich angefochten: Wegen sich steller Grundsatzfragen wurde die Unterstützung eines Referendums beschlossen, bevor die eidgenössischen Räte endgültig über die Vorlage entschieden hatten.

Der gefundene Kompromiss bezieht sich auf Elemente, die nach Auffassung einer Mehrheit unserer Mitglieder unantastbar bleiben müssen.

Die Ärztekammer vom 26. Oktober in Biel hat das Ergebnis dieser Urabstimmung zur Kenntnis genommen und gemäss dem Entscheid von $\frac{2}{3}$ der 15 000 Mitglieder, die abgestimmt hatten, die erforderlichen Massnahmen für die Unterstützung des Referendums gegen die Managed-Care-Vorlage eingeleitet.

Doch weshalb brauchte es dieses Mal eine Urabstimmung, um die Position der FMH festzulegen? Dies ist eine wichtige, von mehreren Seiten nachdenklich aufgeworfene Frage, die bei einigen etwas Bitterkeit auslöste. Ich möchte an dieser Stelle nochmals betonen, wie sehr die demokratischen Strukturen der FMH funktionieren: Dieser Herbst hat erneut bewiesen, dass unsere Strukturen der Basis die Möglichkeit geben, sich Gehör zu verschaffen. Und es hat sich auch gezeigt, dass unsere diversen gewählten Instanzen auf

Die FMH unterstützt zum einen die Unterschriftensammlung und wird sich zum anderen nächstes Jahr in der Abstimmungskampagne engagieren.

die Mitglieder hören und ihren Anliegen Rechnung tragen. Dies ist ein hervorragendes Gütesiegel für unsere Statuten ... und für alle, die sie mit Leben füllen!

Ausgehend von Entscheiden, welche die Ärztekammer vor rund fünf Jahren getroffen hat, haben der Zentralvorstand und ich selbst sowie die Delegiertenversammlung und

mehrmals auch die Ärztekammer mit grossem Engagement versucht, mit der Politik einen Kompromiss zu Managed Care zu finden – einen Kompromiss, der unsere wesentlichen Forderungen berücksichtigt und gleichzeitig eine politische Mehrheit findet.

Schon bald wird es um die Unterstützung der Initiative «Ja zur Hausarztmedizin» gehen.

Mittlerweile ist klar geworden, dass der gefundene Kompromiss Elemente der Medizin tangiert, die nach Auffassung einer Mehrheit unserer Mitglieder unantastbar bleiben müssen: Die schlagendsten Beispiele sind die freie Arztwahl ohne Mehrkosten und die therapeutische Freiheit ohne wirtschaftlichen Druck.

Die Ablehnung eines solchen Kompromisses durch die Basis oder die Bevölkerung ist ein Missgeschick, das jeder Legislative und Exekutive passieren kann. Die betroffenen Organe der FMH haben das Verdikt daher gemäss den demokratischen Regeln akzeptiert.

In diesem Sinne sind auch die von der Ärztekammer getroffenen Entscheide zu verstehen: Zum einen unterstützt die FMH die Unterschriftensammlung der drei nationalen Referendumskomitees, in denen die Ärzteschaft vertreten ist, und zum anderen wird sie sich nächstes Jahr in der Abstimmungskampagne engagieren. Zu diesem Zweck ist im Jahr 2012 für alle Mitglieder vorübergehend eine bescheidene Erhöhung des FMH-Jahresbeitrags vorgesehen.

Dabei geht es um die Umsetzung des Entscheids einer Mehrheit unserer Basis. Von jenen Ärztinnen und Ärzten, die bezüglich ihrer Auffassung zu dieser Vorlage in der Minderheit sind, erfordern diese Massnahmen eine rechte Portion demokratische Kultur und Fair Play. Ich bin sicher, dass die FMH auf die Loyalität aller Mitglieder zählen kann.

Und noch ein weiterer Punkt zur vergangenen Urabstimmung sei an dieser Stelle erwähnt: Die daraus hervorgegangene Mehrheit ist eine Mehrheit, die weit über die Gräben hinausgeht, welche üblicherweise innerhalb der Ärzteschaft bestehen. Bei dieser Abstimmung gab es keine Kluft zwischen links und rechts (ein Beweis dafür sind die Referendumskomitees mit je unterschiedlicher politischer Couleur), Jüngeren und Älteren, Westschweizern und Deutschschweizern oder Spezialisten und Allgemeinpraktikern – dies zeigen sowohl die Anzahl Stimmen für das Referendum als auch die Liste der Gesellschaften, welche die Urabstimmung verlangt haben.

Und schon bald werden sich die Ärztekammer und die gesamte FMH mit der Unterstützung der Initiative «Ja zur Hausarztmedizin» zu befassen haben: Demokratie und Respekt werden für uns somit auch in Zukunft von grosser Bedeutung sein!

Dr. med. Jacques de Haller, Präsident der FMH